2.2.2026 - Gesetzgebung

Gewaltschutz, Vaterschaftsanerkennung und Ausbildungsförderung

In der 1061. Sitzung des Bundesrates am 30.1.2026 standen **mehrere Vorhaben** auf der Tagesordnung, die auch für das Familienrecht von besonderem Interesse sind. Neben einem Gesetzesantrag zum Gewaltschutz befassten sich die Länder mit Fragen der missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennung sowie mit einer Entschließung zur Reform des BAföG.

Kündigung gemeinsamer Mietverträge bei häuslicher Gewalt

Der Bundesrat beschloss, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gewaltschutzgesetzes beim Bundestag einzubringen. Ziel ist es, Opfern häuslicher Gewalt den **Ausstieg aus gemeinsamen Mietverträgen** zu erleichtern. Künftig soll es Betroffenen möglich sein, bereits im Gewaltschutzverfahren die Zustimmung des gewalttätigen Partners zur Kündigung der gemeinsamen Wohnung durchzusetzen. Ein zusätzliches zivilrechtliches Verfahren soll damit entbehrlich werden. Der Vorschlag soll verhindern, dass Opfer erneut mit den Tätern konfrontiert werden und den Schutz vor weiterer Gewalt verbessern.

BR-Drucks. 742/25 Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Gewaltschutzgesetzes

Stellungnahme zur Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen

Der Bundesrat nahm zudem Stellung zum Gesetzentwurf zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft. Die Länder sprechen sich für eine **Ausweitung und Präzisierung der Missbrauchsprüfung** aus, insbesondere im Aufenthaltsrecht. Vorgeschlagen werden unter anderem klarere Zuständigkeitsregelungen für Ausländerbehörden, eine Verlängerung von Prüf- und Fristenregelungen sowie Anpassungen bei Vermutungstatbeständen für missbräuchliche Anerkennungen. Kritisch äußert sich der Bundesrat zu einer geplanten **sorgerechtlichen Begleitregelung** und fordert deren Streichung.

Die Stellungnahme des Bundesrates wird nun der Bundesregierung zugeleitet, die sie bei der weiteren Beratung des Gesetzentwurfs im Bundestag zu berücksichtigen hat; eine Bindungswirkung besteht jedoch nicht.

BR-Drucks. 773-25 Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft

Entschließung zur Reform des BAföG

Schließlich brachte Niedersachsen eine Entschließung für eine umfassende Reform des BAföG ein. Gefordert werden eine **Anpassung der Bedarfssätze** an das Grundsicherungsniveau, eine stärkere **Entbürokratisierung** sowie eine weitergehende **Digitalisierung**. Auch Orientierungsstudiengänge sollen künftig in die Förderung einbezogen werden. Die Vorlage wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

BR-Drucks. 25/26 Antrag des Landes Niedersachsen: Entschließung des Bundesrates für eine umfassende Reform des BAföG